



Grünliberale Partei Schweiz

Medienmitteilung

Thema	Steuerabkommen mit Deutschland, UK und Österreich
Für Rückfragen	Thomas Maier, Nationalrat, Tel. +41 78 652 06 50
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 322 60 57, eMail schweiz@grunliberale.ch , www.grunliberale.ch
Datum	30. Mai 2012

Steuerabkommen stärken den schweizerischen Finanzplatz und lösen die Probleme der Vergangenheit

Die Grünliberalen begrüßen den zustimmenden Entscheid des Nationalrates zu den Steuerabkommen mit Deutschland, UK und Österreich. Die Abkommen schaffen Planungs- und Rechtssicherheit für die Zukunft und ermöglichen eine rechtsstaatlich konforme Regularisierung der Vergangenheit. Anträge von links und rechts zur Torpedierung der Abkommen hatten zum Glück im Plenum keine Chance. Mit diesem Beschluss werden die Glaubwürdigkeit der Schweiz und das Vertrauen in unseren Finanzplatz gestärkt. Die drei betroffenen Staaten kommen auf legalem Weg zu den ihnen zustehenden Steuereinnahmen, während dem die Privatsphäre der Kunden gewahrt bleibt.

Die Grünliberalen sind zuversichtlich, dass nach der Zustimmung der Schweiz auch in Deutschland die positive Dynamik zu Gunsten der Abgeltungssteuer weiter Schwung erhält. Deutschland wird sich den Schritten in Richtung Normalisierung und Beruhigung in Steuerfragen kaum widersetzen können.

Personen mit Wohnsitz in den betroffenen Ländern können mit diesen Abkommen ihre bestehenden Bankkonten in der Schweiz nachbesteuern, indem sie entweder eine Einmalzahlung leisten oder ihre Konten offenlegen. Künftige Kapitalerträge und –gewinne unterliegen einer Quellensteuer. Die Grünliberalen haben alle Anträge, welche auf eine Verschiebung oder Rückweisung der Vorlagen abzielten, abgelehnt. De facto wären diese Anträge einer Ablehnung gleichgekommen, da der Startpunkt mit dem 1. Januar 2013 fix verhandelt und in den entsprechenden Formeln fest integriert ist.

Besorgt nehmen die Grünliberalen zur Kenntnis, dass aktuell weltweit noch immer nicht für alle Finanzplätze die gleich langen Spiesse im Wettbewerb gelten. Dies zu korrigieren liegt aber nicht in der alleinigen Macht der Schweiz. Die Schweiz muss hier austariert und umsichtig vorgehen, um sich international weiterhin konkurrenzfähig positionieren zu können. In diesem Sinne stellen diese Abkommen für die Grünliberalen eine bessere Alternative zu einem automatischen Informationsaustausch dar, weil die Abgeltungssteuer direkt umsetzbar ist. Zusammen mit den Doppelbesteuerungsabkommen ist das die richtige Strategie für den Finanzplatz Schweiz.

Mit den Abkommen hat sich für die Grünliberalen auch das Thema des Datendiebstahls erledigt. Dieser wird schon darum nicht mehr stattfinden, weil alle Steuern mit den neuen Abkommen definitiv abgegolten sind.

„Vor allem die Polparteien konnten ihre ablehnende Haltung gegenüber den Abkommen nur teilweise ablegen. Dies ist aus meiner Sicht wenig sachlich und enorm unverantwortlich gegenüber dem Finanz- und Werkplatz Schweiz“, nimmt Nationalrat Thomas Maier besorgt zur Kenntnis. „Bis dato liegt kein besseres Konzept vor und bei einer Ablehnung stehen Milliarden von Steuereinnahmen und Tausende von Arbeitsplätzen in der Schweiz auf dem Spiel. Auf Bundesebene würden wir dann bei den kommenden Budgets nicht über neuen Wunschbedarf diskutieren, sondern über massive Kürzungen beispielsweise bei Bildung oder Sozialwerken.“